



Redaktion:

Universität Duisburg-Essen
Ressort Presse in der Stabsstelle des Rektorats

Manuela Münch

Telefon: 0203/379-1482
manuela.muench@uni-due.de
www.uni-due.de/de/presse

Beachten Sie bitte:

Diese PDF-Datei darf nur für interne Zwecke genutzt werden.
Das Abspeichern und eine Weitergabe an Dritte in elektronischer oder Print-Form sowie die Komplett- oder Teileinstellung auf anderen Webseiten ist aus urheberrechtlichen Gründen nicht gestattet.

Inhaltsverzeichnis

Tagesaktuelle UDE-Medienauswertung

Westdeutsche Allgemeine WAZ Essen-Rüttenscheid vom 11.08.2020, Seite 3	
Mundwasser kann Corona-Ansteckungen verhindern	4
Radio Essen vom 10.08.2020, Seite 1	
Essen: Mundspülungen gegen Corona-Übertragung?	5
Informationsdienst Ruhr vom 10.08.2020, Seite 1	
Studie: Mundspülungen könnten Corona-Übertragungsrisiko senken	5
WDR vom 10.08.2020, Seite 1	
Hitze und Wasserknappheit - so ist die Lage in NRW	6
Klimareporter vom 07.08.2020, Seite 1	
Ärzt:innen und Pflegekräfte schlagen Hitzealarm	7
Westdeutsche Allgemeine WAZ Essen-Rüttenscheid vom 11.08.2020, Seite 2	
25 neue Talentschulen starten ins Schuljahr	8
DIE WELT vom 11.08.2020, Seite 4	
"In labilstem Moment schwer geschädigt"	8
Der Patriot vom 08.08.2020, Seite 11	
Entwickeln, bewegen, verändern	9
brandeins.de vom 10.08.2020 15:03	
... es keine Schwarzarbeit gäbe?	10
CORREKTIV.RUHR vom 11.08.2020, Seite 1	
Bildung - Uni-Demokratie: Studierende wählen kaum	11
Kölner Stadt-Anzeiger Köln vom 11.08.2020, Seite AM07	
Gesunder Lebensstil wichtiger als Apparate-Medizin	14
GIT Labor-Fachzeitschrift vom 10.08.2020, Seite 18	
Aromastoffanalytik von Liquids für E-Zigaretten	15
Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.08.2020, Seite 15	
Eine Million Privatschüler	17
Rheinische Post Duisburg vom 11.08.2020, Seite 16	
SPD nimmt Schulbildung in den Fokus	19

General-Anzeiger vom 11.08.2020, Seite 18

Mit einer Stimme von Kleve bis Bonn 20

Tagesaktuelle UDE-Medienauswertung

Westdeutsche Allgemeine WAZ Essen-Rüttenscheid vom
11.08.2020



Ressort: Region
Ausgabe: Hauptausgabe

Auflage: 7.678 (gedruckt)

Mundwasser kann Corona-Ansteckungen verhindern

Forscher aus Bochum und Essen testen handelsübliche Mundspülungen: Zahl der Viren wird durch Gurgeln deutlich verringert

Von Christopher Onselbach

Bochum. Mit Mundspülungen lassen sich Coronaviren in Mund und Rachen wirksam inaktivieren. Das haben Virologen der Ruhr-Uni Bochum gemeinsam mit Kollegen der Uni Essen-Duisburg und vier andere Universitäten in Experimenten an Zellkulturen nachgewiesen. Die Anwendung von Mundspülungen könnte somit helfen, kurzzeitig die Viruslast und damit eventuell das Risiko einer Übertragung der

Coronaviren über Tröpfchen oder Aerosole zu senken, schreiben die Wissenschaftler.

Vor allem vor zahnärztlichen Behandlungen oder bei der Pflege von Covid-19-Patienten im Krankenhaus könne es nützlich sein, gründlich mit Mundspülungen zu gurgeln, erklärt Prof. Eike Steinmann, Virologe an der Ruhr-Uni und einer der Studienautoren. „Wir wissen, dass sich Pflegepersonal in Kliniken trotz Schutzmaßnahmen ansteckt hat. Hier könnten Mundspü-



Mundwasser reduziert die Virenzahl in Mund und Rachen. FOTO: GETTY

lungen einen sehr positiven Effekt haben“, sagte Steinmann dieser Redaktion. Frühere Studien hätten be-

reits die Wirksamkeit bei Sars- und Influenza-Viren gezeigt. „Dass es aber so gut funktionieren würde, hatten wir nicht vermutet“, so Steinmann. Mundspülungen eigneten sich jedoch nicht, um eine Corona-Infektion zu behandeln oder um sich selbst vor einer Ansteckung mit dem Virus zu schützen, stellt er klar. „Wir haben die Viren nur im Labor untersucht“, erklärt Steinmann. Eine Überprüfung ihrer Ergebnisse in klinischen Studien am Patienten werde nun folgen.

Die Wissenschaftler testeten acht Mundspülungen mit unterschiedlichen Inhaltsstoffen, die in Apotheken oder Drogerien erhältlich sind. Sie mischten die Mittel mit Viruspartikeln und einer „Belastungssubstanz“, die den Effekt des Speichels im Mund nachstellen sollte. Das Gemisch wurde 30 Sekunden lang geschüttelt, um den Effekt des Gurgelns zu simulieren. Das Ergebnis: Alle getesteten Präparate reduzierten die Viruslast. Bei dreien war kein Virus mehr nachzuweisen.

Radio Essen vom 10.08.2020



Essen: Mundspülungen gegen Corona-Übertragung?

Mundspülungen könnten das Übertragungsrisiko von Corona senken. Das haben Forscher unter anderem von der Uni Duisburg-Essen und der Ruhr-Uni Bochum herausgefunden.

Essen: Uni-Experiment gegen Corona-Übertragungsrisiko

Mundspülungen von der Apotheke oder dem Drogeriemarkt könnten Corona-Virus-Viren kurzzeitig "inaktivieren". Das haben Forscher der Uni Duisburg-Essen, der Ruhr-Uni Bochum und Kollegen aus Jena, Ulm, Nürnberg und Bremen herausgefunden. Die Virologen haben dafür Zellkulturexperimente gemacht. Im Labor haben sie Mundspülungen mit Corona-Virus-Partikeln und einer Art

Speichel gemischt. Die Forscher sprechen von einer Belastungssubstanz, die den Effekt des Speichels im Mund nachstellen sollte. Wie beim Gurgeln wurde das Gemisch dann für 30 Sekunden geschüttelt. Danach war das Virus weniger vorhanden oder konnte gar nicht mehr entdeckt werden, sagen die Forscher.

Jetzt muss allerdings untersucht werden, ob es den Effekt nicht nur im Labor, sondern auch direkt beim Menschen gibt. Die For-

scher sagen außerdem: Mundspülungen helfen nicht grundsätzlich gegen Corona. Die Mundspülungen können nämlich nicht die Produktion der Viren in den Zellen hemmen. Laut Forschern wäre der Einsatz von Mundspülungen zum Beispiel beim Zahnarzt-Besuch nützlich. Die Viruslast könnte dadurch dort gesenkt werden, wo das größte Ansteckungspotenzial herkommt, nämlich im Mund-Rachen-Raum.

Informationsdienst Ruhr vom 10.08.2020

Studie: Mundspülungen könnten Corona-Übertragungsrisiko senken

Sars-Cov-2-Viren lassen sich mit bestimmten handelsüblichen Mundspülungen inaktivieren. Das wiesen Virologen der Ruhr-Universität Bochum gemeinsam mit Kollegen aus Jena, Ulm, Duisburg-Essen, Nürnberg und Bremen in Zellkulturexperimenten nach. Die Mundspülungen senken die zum Teil hohen Viruslasten im Mund-Rachenraum

von Patienten und könnten somit helfen, kurzzeitig das Risiko einer Übertragung der Coronaviren zu senken. Dies könnte beispielsweise vor zahnärztlichen Behandlungen nützlich sein. Die Forscher testeten acht Mundspülungen, die in Apotheken oder Drogeriemärkten erhältlich sind. Alle getesteten Präparate reduzierten den initialen Virustiter.

Drei Mundspülungen verringerten ihn so weit, dass nach 30 Sekunden Einwirkung kein Virus mehr zu detektieren war. Ob dieser Effekt sich in der klinischen Praxis bestätigt und wie lange er anhält, muss in weiteren Studien untersucht werden.

Kategorien:

Medizin/Medikament, Therapie

WDR vom 10.08.2020



Hitze und Wasserknappheit - so ist die Lage in NRW

- in Borgholzhausen nähert sich die Trinkwasserreserve einer kritischen Grenze - Bedarf an Trinkwasser ist massiv gestiegen - Experten sehen aber grundsätzlich keinen Wassermangel in NRW

Es ist heiß in Nordrhein-Westfalen. Die Temperaturen liegen über 35 Grad und das treibt den Wasserverbrauch in die Höhe. Die Menschen trinken viel, duschen oft und wässern häufig ihre Gärten. Das ist eine Selbstverständlichkeit, aber das scheint sich zu ändern.

Beispielsweise in Borgholzhausen. "Der massiv gestiegene Frischwasserbedarf der letzten Tage, kann angesichts der gesunkenen Grundwasserstände aktuell nicht mehr gedeckt werden. Die Reserve im Trinkwasserspeicher ist in einen kritischen Bereich gesunken und auch die Löschreserve für die Feuerwehr ist in Gefahr", hat Bürgermeister Dirk Speckmann mitgeteilt. Auch an anderen Orten sollen sich Bürger einschränken
Rasensprenger

Die Borgholzhausener müssen Wasser sparen. Auch in anderen Orten sollen sich die Bürger einschränken, damit weiterhin Wasser aus dem Hahn kommt. Die Wasserversorger können den Bedarf nicht decken, wie in etwa Stewede im Kreis Minden-Lübbecke. Die Wasserwerke liefern dort 3.000 Kubikmeter Wasser am Tag, aber die Bürger verbrauchen 1.000 Kubikmeter mehr.

Talsperren gut gefüllt

Wasser ist aber grundsätzlich keine Mangelware in NRW, glaubt André Niemann, Wasserexperte der Uni Duisburg-Essen. "Überall dort, wo die Wasserversorgung der Menschen durch Oberflächen nahes Grundwasser gedeckt wird, bekommen die Städte Probleme. Einfach weil die Grundwasserspiegel durch die Trockenheit der vergangenen

Jahre gesunken sind. Das betrifft das Münsterland und Ostwestfalen. Aber überall da, wo Talsperren und Tiefengrundwasser aus dem Wasserhahn kommen, ist genug Wasser da."

Bergisches Land, Eifel und weite Teile des Ruhrgebiets müssten sich vorerst keine Sorgen machen. Laut Wupperverband sind die Pegelstände aber geringer als üblich. Die Wuppertalsperre ist noch zu 40 Prozent gefüllt, die Bever sogar noch zu 60 Prozent. Beide Talsperren geben bei den derzeitigen Temperaturen regelmäßig Frisch-Wasser an die Wupper ab – allerdings weniger als in den Vorjahren. Auch die große Dhünn ist als einziges reines Trinkwasserreservoir noch gut gefüllt. Allerdings sei das kein Freibrief für Wasserverschwendung

Klimareporter vom 07.08.2020

Ärzt:innen und Pflegekräfte schlagen Hitzealarm

Halb Europa steht vor einer Hitzewelle. Im Zuge der Klimakrise werden heiße Tage häufiger. Das deutsche Gesundheitssystem ist darauf nicht ausreichend vorbereitet, kritisieren einige seiner Mitarbeiter:innen.

Es wird brenzlich in Deutschland. Mit der Klimakrise werden heiße Tage mit mehr als 30 Grad Höchsttemperatur immer häufiger auftreten. In Lingen im Emsland ist das Thermometer im vergangenen Jahr sogar auf 42,5 Grad geklettert – ein neuer Temperaturrekord für Deutschland. Der Deutsche Wetterdienst warnt gerade vor der ersten längeren Hitzewelle in diesem Sommer. Ärzt:innen und Pflegekräfte kritisieren nun: Darauf ist das Gesundheitssystem hierzulande nicht vorbereitet.

"Deutschland ist für Hitzewellen nicht gerüstet", meint der Arzt Martin Herrmann von der Deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit (Klug). "Es gibt kein für alle verbindliches Alarmsystem, keine Identifizierung von Gefahrenzonen und Risikogruppen, keine Hitzeleitstellen, keine Kühlzonen und keine Fortbildung für Niedergelassene, Krankenhaus- und Pflegeheim-Angestellte, mit ganz wenigen Ausnahmen."

Dass Anlass zur Sorge besteht, zeigt eine Studie aus dem Jahr 2018. Die Ökonomen Martin Karlsson von der Universität Duisburg-Essen und Nicolas Ziebarth von der US-amerikanischen Cornell University errechneten aus Daten des Statistischen Bundesamts und des Deutschen Wetterdienstes, dass die Sterbequote an heißen Tagen um etwa zehn Prozent zulegt. Die Krankenhauseinlieferungen nehmen um fünf Prozent zu. Der Effekt steigert sich noch, wenn es mehrere Hitzetage in Folge gibt. "Viele Hitzetote lassen sich verhindern"

Der Arzt Ralph Krolewski, Vorstand im Hausärzteverband Nordrhein und Mitglied bei Klug, hat angesichts dieser Ergebnisse eine eigene Klimasprechstunde für seine Patient:innen eingerichtet. Auch er meint aber: Unabhängig vom Engagement einzelner Ärzt:innen müsste Deutschland seinen Hitzeschutz besser koordinieren. Was macht die Hitze mit dem Körper?

Thrombose, Überhitzung, Herzschwäche, Nierenversagen – heiße Tage befördern Krankheiten, die sogar zum Tod führen können. Auch Sonnenstich, Sonnenbrand und Kreislaufprobleme sind typisch.

Was tun bei Hitze?

Erst mal das Naheliegende: den Schatten suchen und körperlich anstrengende Aktivitäten vermeiden. Um gesund durch die Hitzewelle zu kommen, sollte man außerdem viel trinken – und zwar am besten lauwarme oder sogar warme Getränke. Eiskaltes erschwert dem Körper die Temperaturregulierung. Alkohol befördert die Gefahr eines Kreislaufkollapses, sollte also mit Vorsicht konsumiert werden.

Wer ist besonders gefährdet?

Kleine Kinder sowie alte Menschen leiden an heißen Tagen besonders. Für Menschen mit Vorerkrankungen ist das Risiko ebenfalls größer.

"Dass man viele der Hitzetoten verhindern kann, zeigt das Beispiel Frankreich", sagt Krolewski. Dort lösen Temperaturen ab 32 Grad schon die erste Alarmstufe in Kommunen und Gesundheitswesen aus, ab 38 Grad wird der Zivilschutz aktiv. Es gibt einen nationalen Hitzeschutzplan, nach dem sich die einzelnen Amtsbezirke richten. "Warum geht das nicht in Deutschland?", fragt Krolewski.

In Deutschland gibt es zwar seit 15 Jahren ein bundesweites Hitzewarnsystem, das der Deutsche Wetterdienst betreibt. Es gibt Kanäle zu Alten- und Pflegeheimen, Gesundheitsämtern und Landesministerien. "In der Praxis funktioniert es aber nur eingeschränkt und von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich", kritisiert Krolewski.

Schon die Ausbildung von medizinischem Personal müsse die Klimakrise stärker einbeziehen, findet die Klimaaktivistin Vanessa Ruan. Sie ist Medizinstudentin in Aachen und Teil der Gruppe Health for Future, einem Ableger von Fridays for Future für das Gesundheitswesen.

"In den letzten Jahrzehnten sind die Temperaturen immer weiter gestiegen", sagt Ruan. "Aber in der Ausbildung erfährt das medizinische Personal wenig zu den gravierenden Folgen." Viele Ärzt:innen wüssten beispielsweise nicht, dass Medikamente anders auf den menschlichen Organismus wirken, wenn es heiß ist.

Kategorien: Dürre, Wetter

Westdeutsche Allgemeine WAZ Essen-Rüttenscheid vom
11.08.2020

**WESTDEUTSCHE
ALLGEMEINE**
WAZ

Ressort: Titel **Auflage:** 7.678 (gedruckt)
Ausgabe: Hauptausgabe

25 neue Talentschulen starten ins Schuljahr

Weitere Hilfe in sozial benachteiligten Stadtteilen

Christopher Onkelbach

Essen Zum neuen Schuljahr gehen in NRW 25 weitere "Talentschulen" in sozial benachteiligten Stadtgebieten an den Start. Damit ist die in dem sechsjährigen Schulversuch anvisierte Zahl von 60 Schulen komplett. Ein großer Teil davon liegt in Städten des Ruhrgebiets. Die ersten 35 geförderten Schulen arbeiten bereits mit neuen Förderkonzepten und Lehrern. 89 der 111 zusätzlichen Lehrerstellen konnten bislang besetzt werden, teilt das NRW-Schulministerium mit. Außerdem konnten die Schulen erstmals ihr jährliches Budget für Fortbildungen in Höhe von jeweils 2500 Euro nutzen. Insgesamt stehen im Endausbau an den 60 "Talentschulen" 400 zusätzliche Lehrerstellen

bereit.

Ziel ist es, soziale Nachteile der Schüler zu überwinden. "Diese Landesregierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Bildungschancen unserer Schülerinnen und Schüler spürbar zu verbessern. Chancengerechtigkeit ist der Mittelpunkt unserer Schul- und Bildungspolitik", sagt NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP). An den 60 Schulen soll erprobt werden, ob die Schülerleistungen durch spezielle Konzepte, mehr Personal und Hilfen bei der Schulentwicklung messbar gesteigert werden können. Anschließend sollen erfolgreiche Projekte auf weitere Schulen in NRW übertragen werden.

Begleitet und ausgewertet wird das Vorha-

ben von Bildungswissenschaftlern der Uni Duisburg-Essen. Die Rückmeldungen seien positiv, sagt Gebauer. Vor allem der Ansatz, den Schulen bei der Umsetzung der Fördermaßnahmen Freiräume zu gewähren, erhalte Zuspruch.

Das Projekt war im Vorfeld umstritten. Manche Schulleiter lehnten es ab, sich an einem Wettbewerb um mehr Geld und Personal zu beteiligen. Eine auskömmliche Ausstattung müsse selbstverständlich sein. Maïke Finnen, GEW-Vorsitzende in NRW, sagte zum Auftakt des Modellvorhabens: "Wir glauben, alle Schulen in NRW müssen Talentschulen werden." Ein paar "Leuchttürme" würden die Chancengleichheit nicht beseitigen.

Kategorien: Schule

DIE WELT vom 11.08.2020

DIE WELT

Ressort: Politik **Ausgabe:** Hauptausgabe
Quellrubrik: Politik **Auflage:** 53.951 (gedruckt)
Seitentitel: DWBE-HP

"In labilstem Moment schwer geschädigt"

Wirtschaft sieht Gefahr durch linke Regierung

Karsten Seibel

Vielen Unternehmern fällt es schwer, sich Olaf Scholz als nächsten Bundeskanzler eines linken Regierungsbündnisses aus SPD, Grünen und Linkspartei vorzustellen. "Der Investitionsstandort würde in seinem labilsten Moment schwer geschädigt", sagte Reinhold von Eben-Worlée, Präsident des Verbands Die Familienunternehmer. Corona-bedingt werde Deutschland über das Wahljahr 2021 hinaus um die wirtschaftliche Genesung kämpfen müssen. "Gerade in so einer kritischen Phase wäre ein Bündnis aus Rot-Rot-Grün ein völlig falsches Signal, denn es steht für Vermögensteuer und

andere wirtschafts- und investorenfeindliche Projekte", sagte er.

Mit der Person Scholz könnten die Familienunternehmer offenbar leben, nicht aber mit der Partei. "Scholz zeigt zwar ein Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge. Doch damit hat er in der SPD fast ein Alleinstellungsmerkmal", sagte Worlée. Ihm fehle es in der SPD an einer schlagkräftigen Mannschaft mit entsprechendem Rückhalt, den es für eine erfolgreiche Kanzlerkandidatur brauche. Gerade für ein Dreierbündnis mit Grünen und Linken sei dies eine schlechte Voraussetzung. Der Verband vertritt die Interessen von 180.000 Familienun-

ternehmern und acht Millionen Beschäftigten im Land.

Die Sorgen der Wirtschaft versuchte der Wirtschaftsweisen Achim Truger zu zerstreuen. "Eine rot-grün-rote Regierung unter Olaf Scholz müsste für die sozial-ökologische Transformation stehen. Ich kann nicht erkennen, warum öffentliche Investitionen und ein aktiv gestalteter Strukturwandel wirtschaftsfeindlich sein sollen, im Gegenteil, das würde auch der Wirtschaft enorm helfen", sagte der Professor für Sozioökonomie an der Universität Duisburg-Essen. Truger wurde auf Vorschlag der Gewerkschaften Mitglied des fünfköpfigen Sachverständigen-

rats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Auch Themen wie Mindestlohn, Tariffreue, Bildung und neue steuerpolitische Akzente, etwa bei Einkommen- und Erbschaftsteuer, sieht er als Projekte einer linken Regierung. Bei dieser Aufzählung finden sich einige Punkte, die Unternehmen nicht behagen.

Jan Schnellenbach, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg, sieht nach Scholz' Kandidatenkür jetzt CDU und CSU in der Pflicht. "Es wäre aus meiner Sicht wichtig, dass die Union ihm einen Kanzlerkandidaten gegenüberstellt, der glaubwürdig dafür steht, dass die in der

Corona-Krise expandierende Rolle des Staates in den kommenden Jahren wieder zurückgeführt wird und auch über Steuer-senkungen wieder ernsthaft nachgedacht wird", sagte er.

Urheberinformation: (c) Axel Springer SE
Person: Scholz, Olaf
Kategorien: Partei

Der Patriot vom 08.08.2020

Der Patriot
LIPPSTÄDTER ZEITUNG

Ressort: /PATRIOT/PATRIOT/KREIS
Ausgabe: Hauptausgabe

Auflage: 17.102 (gedruckt)

Entwickeln, bewegen, verändern

Serie Fraktionsvorsitzende über ihre Motivation, ehrenamtlich Kommunalpolitik zu machen

Von Christian Ziemke

Kreis Soest - Ehrenamt hat viele Facetten, wie in unserer Serie deutlich geworden ist. Zum Abschluss haben wir bei den Vorsitzenden der sechs Kreistagsfraktionen nachgefragt, welche Motivation sie persönlich antreibt, ehrenamtlich Kommunalpolitik zu machen. Die Kreistagsgruppe der AfD war für keine Stellungnahme verfügbar.

Ulrich Häken, CDU

"Ich wurde seinerzeit von einem alten Hasen aus der CDU angesprochen", erzählt Ulrich Häken vom Start seiner politischen Tätigkeit. Vorher sei er schon beim DRK ehrenamtlich aktiv gewesen. "Das Schöne an Kommunalpolitik ist sicherlich, dass man aktiv sein Umfeld, seine Heimat ein Stück weit gestalten und weiterentwickeln kann", beschreibt er seine Motivation. Häken: "Man kann eigene Ideen einbringen, man lernt viele Leute kennen, und hört die Probleme, Sorgen aber auch Wünsche und Vorschläge von Mitbürgerinnen und Mitbürgern, aber auch von Unternehmen sowie Organisationen und Vereinen." Außerdem freue er sich persönlich darüber, wenn ein Vorhaben auch erreicht werden konnte, was ihm zufolge nicht immer gelinge.

Wilfried Jäger, SPD

"Ich habe am eigenen Leib erfahren, wie hoch die Bildungsbarrieren waren, wenn man nicht mit dem goldenen Löffel im Mund geboren wurde", sagt Wilfried Jäger. Auch die Nazi-Zeit, mit der er sich oft auseinandersetze, habe ihn geprägt. Laut eigener Aussage wollte er die Demokratie wieder

voranbringen, "weil Theorie und Wirklichkeit nicht mehr übereinstimmen". Und weiterhin führt er aus: "Kommunalpolitik ist immer gesellschaftlich verortet. Da geht es nicht nur um Streit über einen Kanaldeckel", so Jäger. Sein Ziel sei es immer gewesen, für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen.

Ilona Kottmann-Fischer, Bündnis 90 / Die Grünen

Die Grünen-Fraktionsvorsitzende und Landratskandidatin Ilona Kottmann-Fischer ist zusammen mit ihren Großeltern aufgewachsen, die beide Weltkriege miterlebt haben. "Ihre Erzählungen haben mir gezeigt, dass es einer Mitgestaltung bedarf, dass ich mich engagieren muss." Es sei ihr wichtig, eigene Themen mit einbringen zu können und die Lebensbedingungen im Kreis aktiv mitzugestalten. "Außerdem ist es eine Motivation, meinen vier Kindern zu zeigen, dass es sich lohnt einzusetzen."

Am Landratsposten gefällt ihr laut eigener Aussage im Dialog mit den Bürgern zu stehen, aber auch die Führung einer Organisation zu übernehmen - dann natürlich hauptamtlich.

Robert Bigge, BG

"Die eigene Stimme soll gehört werden. Und Entscheidungen werden nun mal in der Politik getroffen", sagt Robert Bigge. Er sieht sich dabei selbst als Vermittler zwischen den Bürgern und dem Kreis Soest. Ein weiterer wichtiger Punkt: "Man trägt aktiv zum Erhalt der Demokratie bei." Er stellt aber auch klar, dass nicht immer alles klappt, was er sich vornimmt. Seine Frau und seine Familie

stärken Bigge den Rücken, ohne sie ginge es nicht. Robert Bigge: "Und letztlich würde ich es auch nicht machen, wenn es keinen Spaß machen würde."

Wilhelm Reinecke, FDP

Wilhelm Reinecke kommt aus der Landjugend. "Da habe ich schon früh gelernt, mich für den ländlichen Raum einzusetzen." Und das könne am besten auf politischer Ebene passieren. "In den Dörfern hat sich viel geändert, viele kleine Geschäfte oder Handwerksbetriebe mussten schließen. Das hat vielen Leuten Sorgen bereitet und sie in die Politik getrieben", so der Fraktionschef der Liberalen. Er selbst habe auf verschiedenen Ebenen versucht, etwas für den ländlichen Raum zu bewegen, sich einzubringen und etwas zu verändern. Reinecke gibt aber auch zu, dass es immer sehr interessant gewesen sei, Informationen aus erster Hand zu bekommen.

Manfred Weretecki, Die Linke/Die So!

Der Auslöser für Manfred Weretecki war "vor 15 oder 16 Jahren die Verabschiedung der Agenda 2010 und der Kosovo-Krieg". Und weiter: "Wenn sowas verabschiedet wird, wird es Zeit in die Politik einzusteigen." Sein Antrieb sei es damals wie heute, etwas gegen soziale Ungerechtigkeit zu tun, so wie er es auch in seiner Tätigkeit als ehrenamtlicher Richter tue. "Hier können wir etwas bewegen. Es geht mehr in so einem reichen Land wie Deutschland", ist er sich sicher. Auch wenn die letzten sechs Jahre im Kreistag Weretecki zufolge frustrierend gewesen seien, sei die Hoffnung da, dass "die kleine-

ren Parteien in Zukunft auch wieder gehört werden".

Einordnung von Professor Dr. Andrea Walter: Kommunalpolitiker meist älter und männlich

Hitzige Diskussionen zu Bauprojekten; dazu Bürger, die sich entweder enttäuscht von Politik abwenden oder genau wissen, was jetzt zu tun ist. Kommunalpolitik ist vielleicht nicht das erste Ehrenamt, das einem einfällt, wenn man vor Augen hat, dass Ehrenamtliche vor allem "Spaß" in ihrer Tätigkeit suchen. So verwundert es nicht, dass das Engagementfeld "Politik und politische Interessenvertretung" NRW-weit recht überschaubar ist mit 3 Millionen Engagierten. Zum Vergleich: Im Sport sind es fünfmal so viele (14,7 Millionen), in Schule und Kita mehr als dreimal so viele (9,7 Millionen). Und im Gegensatz zu letzterem Feld, das stark weiblich dominiert ist, ist lokale Politik - die Arbeit in Ortsgruppen von Parteien oder

als Mandatsträger - immer noch überwiegend ein Männergeschäft. Das zeigt auch ein Blick in die Gemeinderäte und Kreistage. Mit durchschnittlich 24 Prozent ist der Frauenanteil in NRW-Kommunen niedriger als im Land- oder Bundestag.

Warum das so ist? Ein kommunales Mandat gehört zweifelsohne zu den zeitintensivsten Ehrenämtern. Im Schnitt verbringt ein Ratsmitglied laut einer Studie der Uni Duisburg-Essen in NRW zwischen 32 bis 45 Stunden im Monat in Fraktions- und Ratssitzungen, in Bürgergesprächen oder mit der Vorbereitung von Ratsvorlagen. Der "Durchschnitts-Engagierte" in NRW wendet gerade einmal 12 bis 16 Stunden pro Monat auf. Schreckt dies junge Menschen von Politik ab? Tatsächlich liegt das Durchschnittsalter weit jenseits der 40. Aber gerade jüngere Aktive motiviert an der Lokalpolitik, etwas für die eigene Stadt zu bewegen, wie der WDR in einer Befragung 2018 zeigte. Denn Kommu-

nalpolitik entscheidet nicht nur über die Umbenennung von Straßennamen.

Etwa 80 Prozent aller Bundes- und Landesgesetze werden auf kommunaler Ebene ausgeführt, die großen aktuellen Herausforderungen Integration, Digitalisierung, Mobilität und auch Corona werden vor Ort konkret. Genug Gründe, um ab dem 13. September politisch aktiv zu werden, wenn in NRW etwa 15 000 Mandate neu besetzt werden.

Ehrenamt im Wandel

Sport, Kultur, Politik, Rettungswesen, Klimaschutz: Der freiwillige Einsatz für das Gemeinwohl in der Region ist vielfältig und unersetzlich. In unserer Themenreihe "Das Ehrenamt im Wandel" schauen wir in diesen Wochen auf unseren Lokalseiten hinter die Kulissen des bürgerschaftlichen Engagements, das sich in den vergangenen Jahren auch im Altkreis Lippstadt merklich verändert hat.

Urheberinformation:

Alle Rechte vorbehalten - Der Patriot Lippstadt

Kategorien:

Kommune, Partei

brandeins.de vom 10.08.2020 15:03

brandeins

... es keine Schwarzarbeit gäbe?

Ein Szenario. * Von der Putzhilfe bis zum befreundeten Fliesenleger, der das Badezimmer am Wochenende kachelt; vom Kellner, der seinen Lohn

am Abend bar auf die Hand bekommt, bis zur Großbaustelle, auf der nur ein Teil der Arbeiter angemeldet ist: Schwarzarbeit hat viele Gesichter. Sie findet im großen wie im kleinen Stil statt, in Privathaushalten ebenso wie in Unternehmen. Doch was wäre, wenn es keine Schwarzarbeit mehr gäbe? Wenn für alle bezahlten Tätigkeiten auch Sozialabgaben und die Einkommensteuer anfielen? Schon die Frage, wie viel Schwarzarbeit es in Deutschland gibt, ist schwer zu beantworten.

Dominik Enste vom Kölner Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) geht in einer Studie aus dem Jahr 2017 von jährlich 136 Milliarden Euro Wertschöpfung durch Schwarzarbeit aus. Hinzu kommen 75 Milliarden Euro für nicht versteuertes Material. Gäbe es keine Schwarzarbeit mehr, würde jedoch nur rund ein Drittel dieser insgesamt 211 Milliarden Euro der regulären deutschen Wirtschaft zugute kommen, sagt Enste.

Denn viele Dienstleistungen würden dann - so Umfragen in der Bevölkerung - entweder selbst erledigt oder aufgrund der höheren Preise nicht mehr in Anspruch genommen. Auch Friedrich Schneider, der das Thema

lange an der Universität Linz erforscht hat, sieht in Schwarzarbeit gewissermaßen einen Schmierstoff der Wirtschaft: Sie ermögliche Dienstleistungen, die sonst nicht erbracht würden. Er schätzt, dass nur etwa eine Million der Schwarzarbeiter in Deutschland ihre illegale Tätigkeit in Vollzeit verrichten. Die restlichen acht Millionen gingen einem regulären Job nach und besserten sich lediglich ihr Einkommen auf.

Gerhard Bosch sieht das kritischer. Er ist Research Fellow und ehemaliger geschäftsführender Direktor am Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen. "Bis in die Neunzigerjahre dominierte in Deutschland die Schwarzarbeit im kleinen Maßstab: Rasenmähen, Babysitting oder ein Handwerker, der mal einen Auftrag ohne Rechnung erledigte", sagt Bosch. Diese Art der un versteuerten Arbeit sei eher zurückgegangen, unter anderem weil sich viele Dienstleistungen im Haushalt steuerlich absetzen lassen. Die organisierte Schwarzarbeit nehme hingegen stark zu: So schickten Scheinfirmen aus dem Ausland häufig in großem Stil Arbeiter nach Deutsch-

land, die ausgebeutet würden. Das drücke die Löhne, vor allem in der Baubranche oder in den Schlachthöfen.

In einer Welt ohne Schwarzarbeit wären also fast alle Beteiligten besser dran: Zum einen der Staat, weil er mehr Steuern und Sozialabgaben erhielte. Zwischen 0,4 und 1,1 Millionen neue Vollzeitstellen würden bei einer erfolgreichen Bekämpfung entstehen, schätzt das IW. Dadurch könnte der Staat bis zu 8,8 Milliarden Euro zusätzliche Steuern und bis zu 19,8 Milliarden Euro zusätzliche Sozialabgaben einnehmen.

Doch auch viele Unternehmen profitierten, wenn es keine Schwarzarbeit mehr gäbe: Firmen, die ehrlich abrechnen, sehen sich oft einem ruinösen Preiskampf ausgesetzt, worunter kleine und mittelständische Firmen stärker leiden als Großunternehmen mit mehr als 250 Angestellten. Ein Ende der organisierten Schwarzarbeit würde nicht zuletzt den Schwarzarbeitern nützen, denn von ihr profitieren "vor allem Schlepperbanden, welche die Arbeiter betrügen und einen Großteil des Geldes selbst einstreichen", sagt Gerhard Bosch.

Ohne Schwarzarbeit stiegen auch die Renten - schließlich gehen all diese Einnahmen an der Rentenkasse vorbei.

Außerdem hörten Fachkräfte vermutlich auf, aus besonders betroffenen Branchen - beispielsweise dem Baugewerbe - abzuwandern. Gut ausgebildete Arbeiter und Arbeiterinnen, die flexibel genug sind, wechseln laut Bosch zunehmend in Branchen, in denen es weniger illegale Konkurrenz und somit auch weniger Preisverfall gibt. Das führt dazu, dass in den betroffenen Industriezweigen gut ausgebildete Arbeitskräfte fehlen.

Ein Nachteil dieses Szenarios: Manches würde teurer. "Da gerade bei der organisierter Schwarzarbeit aber auch die Hintermänner und Schlepper wegfielen, die einen Großteil des Geld einbehalten, würden die Kosten wohl nicht so stark steigen, wie manch einer befürchtet", sagt Bosch. Dennoch müssten wir als Gesellschaft umplanen und beispielsweise "deutlich mehr Geld für die Pflege ausgeben - denn dort findet sehr viel Schwarzarbeit statt".

In der deutschen Bevölkerung hält sich die Sehnsucht nach einer Welt ohne Schwarzar-

beit allerdings offenbar in Grenzen: In Umfragen gibt zwar fast niemand zu, unversicherten Tätigkeiten nachzugehen. Wird jedoch danach gefragt, ob man jemanden kennt, der schwarzarbeitet, sagen nur 40 Prozent, dass ihnen niemand bekannt ist. Für viele scheint es sich um ein Kavaliersdelikt zu handeln: Während 78 Prozent der Deutschen Schwarzfahren und 86 Prozent Steuerhinterziehung "völlig inakzeptabel" finden, liegt der Anteil bei Schwarzarbeit im Privathaushalt nur bei 62 Prozent.

Kategorien: Arbeitsmarkt, Bau

CORREKTIV.RUHR vom 11.08.2020



Bildung - Uni-Demokratie: Studierende wählen kaum

Gerade einmal rund 15 Prozent der Studierenden in Deutschland beteiligen sich bei Wahlen für Uni-Parlamente. Dabei geht es um viel Geld. CORRECTIV hat erstmals deutschlandweit die Wahlbeteiligung ausgewertet. Sie ist nicht das einzige Problem der studentischen Demokratie.

Der Duft von Glühwein und Waffeln liegt in der Luft. Menschen drängen sich an Ständen, stehen Schlange für kostenlose Zuckerwatte und Kaffee und bekommen beim Warten bunte Flyer in die Hand gedrückt. Laute Musik und Stimmengewirr hallen durch das Foyer des Zentralen Hörsaalgebäudes der Universität Göttingen. Es ist Wahlkampf für das Studierendenparlament. Und gegen den Aufwand, den die Studierenden hier im Januar 2019 betreiben, wirkt so mancher Parteistand im Bundestagswahlkampf tröstlos. Trotzdem wählten hier im vergangenen Jahr gerade einmal knapp 26 Prozent der Studierenden ihr Parlament.

Damit gehört Göttingen noch zu den Spitzenreitern im deutschlandweiten Vergleich der Universitäten mit Verfassten Studierendenschaften, wie die Recherche zeigt. 2019 wählten deutschlandweit durchschnittlich gerade einmal knapp 14 Prozent der Studierenden ihr Parlament, ihren Rat oder entsprechende Gremien. Zum Vergleich: Bei Kommunalwahlen wurde in der Vergangenheit immer wieder eine geringe Wahlbeteiligung kritisiert. Die durchschnittliche Beteiligung bei den Gemeinderatswahlen lag in Baden-Württemberg 2019 bei knapp 60 Prozent. Im selben Jahr wählten nur an der Universität Lübeck und an der Tierärztlichen Hochschule Hannover mehr als 30 Prozent der Studierenden ihr Parlament.

Bislang konnte man nur vermuten, wie viele Studierende an deutschen Universitäten ihr Parlament oder ihren Rat wählen. Denn umfassende Daten zur Beteiligung bei studentischen Wahlen gab es nicht. Deshalb hat CORRECTIV in den vergangenen Monaten die Wahlbeteiligung an den etwa 70 staatlichen Universitäten in Deutschland mit Verfassten Studierendenschaften für das Jahr 2019 gesammelt. Es geht um Millionen

Bei der Wahl zum studentischen Rat oder Parlament geht es nicht nur darum, sich an Demokratie zu beteiligen. Es geht um Geld. Viel Geld. Teilweise haben Studierendenschaften mehr als eine Million Euro im Jahr frei zur Verfügung, aktuell etwa an der Universität Hamburg und der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen. Dazu kommt das Geld für das Semesterticket, das sie verwalten. An großen Universitäten können das weitere Millionen Euro sein.

„Es gab so bestimmte Momente, wo mir die Verantwortung bewusst geworden ist“, erzählt Lisa Bolten über ihre Arbeit in der studentischen Regierung. Sie war bis Ende Juli an der Universität Lüneburg Sprecherin des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA), wie die studentische Regierung an vielen Hochschulen heißt. „Als ich zum Beispiel die Rechnung unterschrieben habe fürs Semesterticket, wo wir dann auf einmal für

700.000 Euro eine Rechnung unterschreiben mussten.“

Ehrenamt mit Fallstricken

Obwohl es sich um ein Ehrenamt handelt, haben die studentischen Vertreterinnen eine große Verantwortung: Studierendenschaften sind oft Arbeitgeber und haben eigenes Personal, das sie einstellen. Die Finanzreferenten von Studierendenschaften hantieren oft mit sechs- bis siebenstelligen Beträgen. Eine Ausbildung haben sie dafür in der Regel nicht.

Nicht alle studentischen Vertreter werden dieser großen Verantwortung gerecht: Einzelne veruntreuen Gelder. Oder veranstalten Großprojekte, die zur finanziellen Katastrophe für die Studierendenschaft werden. Oder sollen jahrelang Steuern hinterzogen haben, wie die Recherche von CORRECTIV zeigt.

Dass solche Missstände jahrelang nicht auffallen, liegt auch daran, dass Hochschulleitungen die studentischen Vertreterinnen weder beraten noch kontrollieren. Obwohl sie das sollten bzw. müssten.

Die allermeisten studentischen Vertreterinnen nutzen das Geld der Studierendenschaft aber für wichtige Projekte, die Studierenden helfen: Studentische Räte und Parla-

mente können zum Beispiel Darlehen oder Stipendien für Studierende in Not vergeben, Rechtsberatungen zu Bafög und Mietrecht finanzieren, eine Fahrradwerkstatt einrichten oder studentische Projekte wie Cafés, Konzerte oder Konferenzen fördern.

In der Corona-Krise sind Studierendenvertretungen häufig die ersten Anlaufstellen für Studierende in Not. Wenn sie kein Geld mehr haben. Oder wenn sie rechtliche Unterstützung brauchen. Oder nicht wissen, wie sie Kinderbetreuung und digitales Studium unter einen Hut bekommen sollen. Wenn weniger als fünf Prozent wählen

Bis dahin interessierten sich allerdings nur wenige Studierende für die Arbeit ihrer demokratischen Vertretungen. Wie die Recherche zeigt, lag 2019 bei 20 der untersuchten Studierendenschaften die Wahlbeteiligung unter zehn Prozent. An der Universität Ulm und an der Universität Duisburg-Essen gingen nicht einmal fünf Prozent der Studierenden wählen. An der Berliner Humboldt-Universität liegt die Wahlbeteiligung seit fast 20 Jahren im einstelligen Bereich.

Anders als in Göttingen beschränkte sich der Wahlkampf hier in den vergangenen Jahren mehr oder weniger auf ein paar DIN-A4-Plakate an Bauzäunen und schwarzen Brettern. Viele Plakate wirkten auf den ersten Blick kryptisch. Auf manchen stand nicht einmal, dass es um die Wahl zum Studierendenparlament (StuPa) geht.

Die Erhebung bezieht sich zwar nur auf die deutschen Universitäten mit Studierendenschaften. Aber auch an den Hochschulen dürfte die Wahlbeteiligung ähnlich niedrig sein. Für studentische Vertreterinnen ergibt sich daraus auch ein Legitimationsproblem. Hochschulleitungen nehmen sie manchmal nicht ernst, weil so wenige Studierende sie gewählt haben. „Unsere Legitimation würde sich auch dadurch stärken, wenn wir auf einmal eine Wahlbeteiligung von 60 Prozent hätten“, sagt Lisa Bolten vom AStA in Lüneburg. Dann könnten sie als gewählte Vertreterinnen gegenüber der Hochschulleitung argumentieren, dass sie eine große Mehrheit der Studierenden vertreten würden und sie gehört werden müssten. Mit einer Wahlbeteiligung von knapp 19 Prozent im vergangenen Jahr ist das deutlich schwieriger. Und damit gehört die Lüneburger Studierendenschaft noch zum oberen Mittelfeld. Höchste, niedrigste und durchschnittliche Wahlbeteiligung bei den Wahlen zu studentischen Parlamenten, Räten und entsprechenden Gremien an deutschen Universitäten im Jahr 2019.

Alle Wahlbeteiligungen an deutschen Universitäten im Jahr 2019 finden Sie hier. Keine Zeit für Demokratie

Bei Podiumsdiskussionen und in Gesprächen während der Recherche wirkten viele studentische Vertreter ratlos, warum so wenige sich an studentischer Demokratie beteiligen. Damit Studierende von ihren Erfahrungen erzählen konnten, richtete CORRECTIV einen CrowdNewsroom ein. Auf dieser Online-Plattform konnten Studierende von der Situation an ihrer Hochschule berichten und auf Missstände hinweisen. Knapp 250 Menschen schrieben CORRECTIV daraufhin zwischen August und Dezember 2019.

Unter ihnen ist auch ein Student der Berliner Humboldt-Universität. Im CrowdNewsroom berichtet er, warum er sich an der studentischen Demokratie kaum beteiligen kann: „Für mich, der sein Studium mit Nebenjobs finanzieren und in Regelstudienzeit durchlaufen muss, bleibt einfach keine Zeit, sich damit in gebührendem Maße auseinanderzusetzen.“ Eine andere Person von der Universität Kassel erzählt, warum sich ihrer Meinung nach so wenige Studierende für ihre gewählten Vertretungen interessieren: „Die Hochschulpolitik erinnert an einen Ziegenkrieg und die einzelnen Gruppen machen so für die gesamten Studierenden Hochschulpolitik uninteressant.“

Martin Schmidt, Vorstand des Studierendenrats (StuRa) der Ernst-Abbe-Hochschule Jena, hört diesen Vorwurf immer wieder. Er antwortet darauf immer, dass sich die Studierenden, die sich so beschwerten würden, dann selbst engagieren und etwas ändern sollten.

Der schlechte Ruf der Studierendenschaften hat aber noch einen anderen Grund: Immer wieder erschüttern Skandale das Vertrauen in die studentische Demokratie. Von geklauten Wahlurnen und Fälschungen

Etwa 2011 an der Universität Duisburg-Essen: Bei der Wahl zum Studierendenparlament klatete ein damaliges AStA-Mitglied eine Wahlurne. Vorher hatte er bereits einen Kopierer lahmgelegt, um das Drucken von Stimmzetteln zu verhindern. Mit dem Diebstahl der Urne habe er die Auszählung verhindern wollen, weil er die Wahl wegen formaler Fehler für ungültig gehalten habe, wie der Spiegel berichtete.

Auch an der Universität Wuppertal kam es bereits zu Unregelmäßigkeiten bei StuPa-Wahlen. So wurden 2017 vermutlich knapp 250 Wahlzettel gefälscht, was gut 16 Prozent der abgegebenen Stimmzettel entspricht.

Der AStA erstattete Anzeige, die Staatsanwaltschaft ermittelte. Am Ende stellte sie ihre Ermittlungen aber ein, weil das Fälschen von Hochschulwahlen ihrer Ansicht nach keine Straftat ist.

Finanzskandale tragen ebenfalls zum schlechten Image von ASten und Co bei: In den vergangenen Jahren veruntreuten einzelne studentische Vertreter und Vertreterinnen Gelder, etwa an der Universität Heidelberg und an der Universität Bochum. In beiden Fällen handelte es sich bei der veruntreuten Summe um mehrere tausend Euro. Ein ehemaliger Finanzreferent der Technischen Hochschule Mittelhessen täuschte 2015 sogar einen Raubüberfall vor, um zu vertuschen, dass er knapp 75.000 Euro aus den Geldern der Studierendenschaft veruntreut hatte.

Auch wenn die studentischen Vertreter falsch kalkulieren, können Studierendenschaften viel Geld verlieren. Einzelne Studierendenschaften veranstalteten in den vergangenen Jahren Großprojekte, die zur finanziellen Katastrophe wurden. Wie etwa 2007, als der AStA der Universität Bochum mit einer Party rund 200.000 Euro Verlust machte. Oder 2012, als eine hessische Studierendenschaft mit einem Sommerfest 50.000 Euro verlor. Steuerskandal in Kassel

Aktuell gibt es einen besonders schwerwiegenden Fall an der Universität Kassel: Die dortige Studierendenschaft soll jahrelang Steuern hinterzogen haben, wie CORRECTIV aufdecken konnte. Insgesamt mindestens zehntausende Euro. Im November 2019 reichten der AStA-Vorsitz und einige seiner Vorgänger beim Finanzamt eine steuerliche Nacherklärung für die Jahre seit 2006 ein. Beteiligte sprechen von Selbstanzeige. Die Studierendenschaft zahlte vorsorglich gleichzeitig rund 300.000 Euro Steuern und Zinsen an das Finanzamt.

Dass Finanzskandale lange Zeit nicht auffallen, liegt auch an der intransparenten Arbeitsweise mancher Studierendenschaften. Auch in Kassel ist es für Studierende schwer, herauszufinden, was das Studierendenparlament eigentlich beschließt und wofür es Geld ausgibt. Sitzungsprotokolle sind teilweise nur schwer erhältlich. Obwohl das hessische Hochschulgesetz vorschreibt, dass die Beschlüsse des Studierendenparlaments online veröffentlicht werden müssen.

Sophie Eltzner, seit August 2019 AStA-Vorsitzende in Kassel, versucht seit einem Jahr, den bisher größten Finanzskandal ihrer Studierendenschaft aufzuklären. Sie fühlt sich dabei von der Universität allein gelassen: „Es ist einfach super schwer, jemanden zu

kriegen, der dir tatsächlich hilft“, erzählt Eltzner. So beschreibt Eltzner die Haltung der Uni und des Justizariates: „Wir sind nicht für euch zuständig. Wir nicken den Haushalt ab, und das war's. Für den Rest da braucht ihr uns gar nicht fragen.“

Die Universität weist den Vorwurf zurück. Die Verwaltung habe den AstA durchaus mit Beratung unterstützt und die Haushalte überprüft. Einen Vorwurf von mutmaßlicher Steuerhinterziehung könne sie nicht erkennen. Anders als die Universität war ein Steuerberater zum Ergebnis gekommen, dass die Studierendenschaft Steuern hätte zahlen müssen. Daher die Selbstanzeige.

Hochschulleitungen sollen eigentlich verhindern, dass es überhaupt zu solchen Finanzproblemen kommen kann. Sie haben die Rechtsaufsicht über die Studierendenschaft und müssen beispielsweise deren Haushalt und Jahresabschluss genehmigen. So sollen finanzielle und rechtliche Probleme frühzeitig auffallen und schnell behoben werden. Läuft bei den Studierendenschaften etwas schief, können die Hochschulleitungen außerdem Sanktionen verhängen.

Obwohl Sophie Eltzner die Finanzprobleme ihrer Studierendenschaft aufarbeitet, haftet auch sie. Das war ihr vor ihrem Amtsantritt nicht bewusst: „Ich dachte, ich bin haftbar für das, was ich tue. Und wenn ich nichts falsch mache, dann ist auch alles super“, sagt sie. „Was mir nicht klar war, ist, dass das, was die Jahre davor gelaufen ist, ebenfalls auf meinen Schultern lastet.“ Vielen studentischen Vertreterinnen dürfte das nicht klar sein, wenn sie ihr Amt übernehmen. Zu wenig Kandidaten

Nur wenige Studierende wollen aber überhaupt so ein Amt übernehmen. Das zeigt sich am Beispiel der Universität Erfurt: 2018 mussten hier StuRa-Mitglieder nachgewählt werden, weil es in einzelnen Fakultäten bei der ersten Wahl zu wenig oder überhaupt keine Bewerberinnen gab. Im selben Jahr war an der Technischen Universität Clausthal die Wahl zum Studierendenparlament nicht nötig, weil es für jedes Mandat nur einen Kandidaten gab. Die Wahl fiel also aus.

Aber auch die Studierenden, die Ämter übernehmen, machen nicht immer ihre Arbeit.

Sitzungen von Parlamenten und Räten können an vielen Hochschulen nicht stattfinden, weil zu wenige Parlamentarierinnen kommen. Normalerweise muss mindestens die Hälfte der Abgeordneten anwesend sein, damit sie auf einer StuPa- oder StuRa-Sitzung Beschlüsse fassen können.

Das klingt erstmal nach keiner allzu hohen Hürde. Doch an der Technischen Universität Dortmund etwa waren in der Legislatur von 2017/18 bei knapp der Hälfte der StuPa-Sitzungstermine bereits zu Beginn nicht genügend Parlamentarier anwesend, um etwas beschließen zu können.

In derselben Legislatur mussten weitere Sitzungen abgebrochen werden, weil im Lauf der Sitzung zu viele Abgeordnete gegangen waren. Die Folge für Studierende an Hochschulen mit diesem Problem: Geld kann nicht bewilligt, Projekte können nicht angestoßen werden.

Auch in den studentischen Regierungen kommt es zu ähnlichen Problemen. „Es gibt immer wieder Referate, die wenig bis nichts machen“, sagt Martin Schmidt aus Jena. „Und Referatsleiter, die sich wählen lassen, aber nichts machen.“ Echter Einsatz für die Kommilitoninnen

Die meisten Mitglieder studentischer Regierungen aber nehmen ihre Arbeit sehr ernst. Für viele von ihnen ist das ehrenamtliche Engagement in der Studierendenschaft ein Vollzeitjob. Zum Studium kommen die meisten daneben kaum.

Während der Corona-Krise ist die Arbeitsbelastung der studentischen Vertreterinnen noch einmal gestiegen. „Im März, April haben wir gut 50 Stunden jeder gearbeitet“, erzählt Lisa Bolten aus Lüneburg.

Sie bekommt dafür wenigstens eine Aufwandsentschädigung, im Monat 850 Euro brutto. Martin Schmidt, der StuRa-Vorstand der Ernst-Abbe-Hochschule Jena, arbeitet normalerweise 20 bis 30 Stunden die Woche für die Studierendenschaft. Eine Aufwandsentschädigung bekommt er nicht.

Ob Studierende ein Amt in ihren demokratischen Vertretungen übernehmen können, hängt im Moment also auch davon ab, ob sie es sich finanziell leisten können. Martin Schmidt hofft, dass sich das ändert. Und er wünscht sich, dass in Zukunft mehr Studierende wählen gehen. Sein Vorschlag, um das zu erreichen: „Je besser man informiert und je mehr man in Öffentlichkeitsarbeit investiert, desto mehr Beteiligung und desto mehr Kandidaten gibt es.“

Auch die Corona-Krise könnte die studentische Demokratie bekannter machen. Lisa Bolten aus Lüneburg hofft, dass Studierende die Arbeit von AstA und Co nun endlich anders wahrnehmen: „Jetzt vor allem durch Corona haben die Studierenden doch gemerkt, dass wir alle vertreten und nicht nur einen kleinen Prozentsatz der Uni. Und dass wir für alle da sind.“ Was ist die verfasste Studierendenschaft?

In allen Bundesländern außer Bayern gibt es an den staatlichen Hochschulen sogenannte Verfasste Studierendenschaften. Die Studierenden sind automatisch Mitglieder, nur in Sachsen und Sachsen-Anhalt können sie austreten. Die Studierenden wählen ein eigenes Parlament oder einen eigenen Rat als Vertretung ihrer Interessen. Dieses Gremium wiederum wählt eine studentische Regierung, die an manchen Hochschulen Allgemeiner Studierendenausschuss, kurz AstA, heißt. Die Studierenden, die in den studentischen Parlamenten, Räten und Regierungen sitzen, machen dies ehrenamtlich.

Studierendenschaften ziehen von den Studierenden ihrer Hochschule jedes Semester einen Beitrag ein. Im Sommersemester 2020 liegen die Semesterbeiträge an den 70 untersuchten Universitäten etwa bei 3,50 Euro in Tübingen und 23,30 Euro in Oldenburg. Sie haben einen eigenen Haushalt, den das Studierendenparlament oder der Studierendenrat verabschiedet. Je nachdem wie groß die Hochschule ist und wie hoch der Beitrag ist, den die Studierenden im Semester zahlen, haben Studierendenschaften teilweise mehr als eine Million Euro im Jahr frei zur Verfügung.

Kölner Stadt-Anzeiger Köln vom 11.08.2020

Kölner Stadt-Anzeiger

Ressort: Frühausgabe / Spätausgabe

Ausgabe: Hauptausgabe

Quellrubrik: MA

Auflage: 65.768 (gedruckt)

Seitentitel: Ausgabe KM / Köln Nord / Köln Ost / Köln Porz / Köln Süd / Köln West

Gesundheit

Gesunder Lebensstil wichtiger als Apparate-Medizin

Auch die Wertschätzung im privaten und beruflichen Umfeld senkt den Stresspegel und tut dem Herzen gut

VON MARIE-ANNE SCHLOLAUT

Es schlägt sich tapfer durchs Leben, unser Herz. Gelegentlich kann es bis zum Hals schlagen. Eine feine Sache, wenn das bei Verliebten der Fall ist oder bei denen, deren Fußballverein endlich das Tor zum Sieg erkämpft hat. Mit diesen schönen "Ausrutschern" kann das Herz, das sensibel auf Emotionen reagiert, gut und lange leben. Was ihm ernsthaft zu schaffen macht sind dagegen dauerhafter alltäglicher Stress, Überanstrengung und ein Lebensstil, bei dem dieses robuste Organ lebensbedrohlich aus dem Takt geraten und krank werden kann.

Spätestens dann soll der Kardiologe es richten, denn uns packt die Angst, weil Herz-Kreislauf-Erkrankungen nach wie vor die häufigste Todesursache in Deutschland sind. Ärzte können, so gut es geht, das kranke Herz "reparieren". Stents, Bypass, Herzkatheter, täglich Medikamente und die eindringliche Mahnung des Arztes "Sie müssen Ihren Lebensstil ändern" sind fortan die lebensverlängernden Begleiter des Patienten.

90 Prozent der Infarkte vermeidbar

Genau da, besser gesagt schon weit vorher, setzt Professor Gustav Dobos an, Pionier und Wegbereiter der wissenschaftsbasierten Naturheilkunde in Deutschland sowie Direktor der Klinik für Naturheilkunde und Integrative Medizin an den Evangelischen Kliniken Essen-Mitte. Anhand vieler Studien erarbeitete er, dass der gesunde Lebensstil in vielen Fällen wichtiger ist als die Apparate-Medizin. "Lebensstil-Veränderungen, also Bewegung, gute Ernährung, Entspannung sind oftmals effektiver als ein Stent." Dobos stellt nicht in Frage, dass Stents, Bypass, Herzkatheter in Notfällen und bei Herzinfarkten lebensrettend und notwendig sind. "Aber bei einer stabilen Herzkranzgefäßerkrankung, die mit Medikamenten therapiert werden kann und den Patienten schmerzfrei hält, bringt in vielen Fällen ein Stent keinen Vorteil", so seine Einschätzung, basierend auf vielen Studien (siehe Kasten "Stabile Angina pectoris"). "80 Prozent aller Schlaganfälle und 90 Prozent aller Herzin-

farkte lassen sich durch einen gesunden Lebensstil verhindern", sagt Dobos, Internist, Intensivmediziner und Nierenfacharzt.

Deutschland sei europaweit führend, was die Zahl der Herzkatheter-Eingriffe angehe. "In der Schweiz werden nur 20 Prozent der Gesamtmenge an Stents gelegt, die in Deutschland gesetzt werden, und trotzdem leben die Schweizer im Durchschnitt drei Jahre länger als die Deutschen und die Deutschen sterben deutlich häufiger an Herzinfarkten als die Schweizer." Mit dem Phänomen hat sich bereits das Wissenschaftsjournal "Lancet" befasst und Studien veröffentlicht, die speziell den Lebensstil der Deutschen und die Tatsache, dass so viele an Herzinfarkt sterben, beleuchten.

Die Schweizer werden nicht nur von unnötigen Eingriffen und Operationen am Herzen verschont, sie führen auch einen gesünderen Lebensstil als die Deutschen, indem sie sich gut ernähren, und sich deutlich mehr bewegen. "Sie sind nach Einschätzung vieler Experten im Miteinander, im täglichen Umgang wertschätzend. Das kommt der Psyche zugute", so Dobos. Die alltägliche Wertschätzung im privaten und beruflichen Umfeld reduziert die emotionale Überanstrengung und senkt den Stresspegel. Diese Kombination tut dem Herzen gut. Wer unter Druck steht, dessen Organismus wird überschwemmt mit Stresshormonen. Der Körper wird auf Kampf oder Flucht vorbereitet, das Überlebensprinzip der Menschheit. Der Blutdruck steigt, die Blutgerinnung wird erhöht, damit bei Verletzungen nicht zu viel Blut fließt. "Wenn wir stetig unter Stress stehen, führen all diese Prozesse mit hoher Wahrscheinlichkeit dazu, dass die Herzkranzgefäße unter dem Dauerbeschuss der Stresshormone und den dadurch veränderten Stoffwechsel geschädigt werden."

Psyche spielt eine wichtige Rolle

Als sich das Herz-Buch von Gustav Dobos, das die Folgen emotionalen Drucks und ungesunden Lebensstils analysiert, ganz oben auf den Bestseller-Listen etablierte, wurde er in vielen TV-Sendungen und in sogenannte Call-in-Sendungen eingeladen, in denen Zuschauer anrufen und fragen

konnten. Dobos: "Fast alle Fragen kamen zu Psyche und Herz." Sowohl bei den "noch" herzgesunden Menschen als auch bei jenen, die herztherapiert waren. "Wir wissen, dass bei herzoperierten Patienten die Psyche eine große Rolle spielt. Bei manchen wurde bereits vor dem Eingriff eine Depression diagnostiziert. Relevant ist die Depression nach einem Eingriff, denn damit verbindet sich eine schlechtere Prognose."

Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt die Psyche auch bei Vorhofflimmern, das sich bei manchen Patienten durch Überlastung und Stress einstellt. "Man muss lernen, damit umzugehen, den Stress zu reduzieren und damit die Häufigkeit des Vorhofflimmerns. Ganz ohne Medikamente wird es aber nicht gehen." Bei vielen stelle sich Vorhofflimmern anfänglich nur zu bestimmten Zeiten ein und flauere dann wieder ab. Dieser Zyklus mündet jedoch meist in ein permanentes, bedrohliches Vorhofflimmern, das nicht nur die Herzleistung um rund 20 Prozent schmälert, sondern den Menschen psychisch belastet. "Patienten haben es mir so geschildert: Das ist, als ob jemand den Stecker zieht." Vorhofflimmern, wenn es nicht behandelt wird, reduziert die Lebenserwartung. "Wenn Medikamente guten Erfolg bringen, kann man sich die Ablation, diesen Eingriff am Herzen, sparen", erklärt Dobos. Ein gesundes Herz ist kein Privileg auserwählt Weniger - und mit einem erkrankten, aber stabilisierten Herzen gut zu leben auch nicht. Dobos und sein Team setzen darauf, überflüssige Eingriffe und Untersuchungen zu minimieren und beim Patienten die Einsicht zu zementieren, dass ein gesunder Lebensstil und eine ausbalancierte Psyche die wirkungsvollste Therapie sind.

Eine "Behandlung", die deutlich weniger lukrativ ist als ein Eingriff am Herzen, der sich wirtschaftlich bestens rechnet. Nach wie vor gehört die "sprechende Medizin" zu den Stiefkindern im Abrechnungssystem. Dennoch schwören Dobos und Team, die in der Klinik seit mehr als 20 Jahren Patienten mit Herz-Kreislauf-Beschwerden behandeln, auf diesen Weg, der vor allem mit Ordnungstherapeuten wie Dr. Anna Paul beschränkt wird.

In einem Interview bezeichnete sie ihre Arbeit mit Patienten so: "Unsere Lebensführung zu verändern gleicht dem Erlernen einer neuen Sprache." Gearbeitet wird in "kleinen Portionen", nicht mit Verboten, sondern mit Einsicht und der eigenen Erfahrung, dass gut tut, was gut ist und unser Herz nichts mehr bewegt als Bewegung.

Dass Gustav Dobos das Herz besonders am Herzen liegt, hat auch mit der misslungenen Bypass-OP seines Vaters und dem Schlaganfall-Tod seiner Mutter zu tun. "In meiner Biografie hat das Herz immer eine Rolle gespielt, bedingt durch meine Eltern." Große wissenschaftliche Studien zeigen mittlerweile allerdings, dass auch ein familiär bedingtes Risiko, falls notwendig mit Medikamenten, "aber auf alle Fälle mit einem geänderten gesunden Lebensstil reduziert und im Idealfall fast komplett eliminiert werden kann".

Stabile Angina pectoris

Blutfette, Blutgerinnsel, Bindegewebe, Kalk lagern sich in den Arterien ab, die sogenannten Plaques. Sie führen zu Verengungen der Herzkranzgefäße, wodurch der Herzmuskel nicht mehr ausreichend mit Blut beziehungsweise Sauerstoff versorgt wird. Es kommt zu einer Herzenge, der Angina pectoris. Von einer stabilen Angina pectoris spricht man, wenn ein Herzenge-Anfall und die damit verbundenen Schmerzen innerhalb von Minuten wieder verschwinden, entweder durch Medikamente oder durch Ruhe.

Veranstaltung "Hand aufs Herz"

Freitag, 21. August, 19 Uhr,
studio dumont, Breite Straße 72, Köln
Experten im Gespräch:
Prof. Dr. Gustav Dobos,
Pionier wissenschaftsbasierter Naturheilkunde in Deutschland
Dr. Anna Paul,
Ordnungstherapeutin
Moderation: Marie-Anne Schlolaut

Karten:

16/13 Euro ab sofort erhältlich,
Abendkasse 18 Euro, 15 Euro
Abocard-Hotline: 0221/ 28 03 44
www.abocard.de/tickets
www.forumblau-akademie.de
kölnticket: 0221/ 28 01
www.koelnticket.de

Hinweis:

Die Veranstaltung war für den 28. Mai, geplant, wurde jedoch aufgrund der Corona-Pandemie verschoben. Die für den 28. Mai erworbenen Tickets behalten ihre Gültigkeit für den 21. August.

Buchtipps

Gustav Dobos: "Das gestresste Herz - Mit Naturheilkunde für ein längeres Leben"
Scorpio-Verlag,
271 Seiten, 20 Euro.

Foto: Getty Images

Urheberinformation:

(c) M.DuMont Schauberg

Kategorien:

Herzkrankheit

GIT Labor-Fachzeitschrift vom 10.08.2020

GIT LABOR-
FACHZEITSCHRIFT

Quellrubrik: Lebensmittelanalytik

Auflage: 30.000 (gedruckt)

Aromastoffanalytik von Liquids für E-Zigaretten

Gaschromatographie-Ionenmobilitätsspektrometrie im Einsatz - Alexander L. R. M. Surminski^{1,2}, Stefanie Sielemann¹, Ursula Telgheder², Nina Reichelt¹

Tabakfreie, elektronische Zigaretten basieren auf der Vernebelung eines Gemisches aus Propylenglykol, Glycerin, Nikotin und verschiedenen Aromastoffen, den Liquids. Obwohl sie als Zigarettenersatz vermutlich weniger schädlich sind, geht von ihnen dennoch ein nicht zu vernachlässigendes Gefährdungspotential aus. Dieses Produkt ergibt somit neue analytische Herausforderungen. Der Einsatz der Gaschromatographie gekoppelt mit der Ionenmobilitätsspektrometrie ermöglicht eine nachweisstarke, schnelle und simple Aromastoffanalytik [1].

"Dampfen", also das Konsumieren tabakfreier, elektronischer Zigaretten (E-Zigaretten), ist ein verhältnismäßig modernes Phänomen, das sich seit einigen Jahren einer großen Popularität erfreut. Verglichen mit klassischen Zigaretten stellen E-Zigaretten ein neues Produkt dar: Nutzer atmen ein Aerosol aus Propylenglykol, Glycerin, Nikotin und verschiedenen Aromastoffen ein und keinen Verbrennungsrauch aus getrocknetem Pflanzenmaterial.

Analytik

Während bei der klassischen Zigarette viele mittel- bis schwerflüchtige Komponenten eine große Rolle spielen, enthalten die Liquids (Nachfüllflüssigkeiten der E-Zigarette) nur wenige Substanzen mit geringer Flüchtigkeit. Die Trägersubstanzen Propylenglykol und Glycerin machen diesen weni-

ger flüchtigen Anteil aus. Sie liegen in hohen Konzentrationen vor, so dass sie mit einfachen Techniken quantifiziert werden können. Deswegen liegt bei der Entwicklung neuer analytischer Methoden ein besonderes Augenmerk auf den enthaltenen Aromastoffen - auch im Hinblick auf die in der Tabakerzeugnisverordnung [2] verbotenen Zusätze. In der Vielfalt der eingesetzten Substanzen ist die besondere Herausforderung begründet: Viele sehr ähnliche Substanzen bedürfen einer selektiven und sensitiven Analytik. Die Selektivität wird durch die gaschromatographische Trennung der Substanzen erreicht. Da Aromastoffe bereits in sehr geringen Konzentrationen ihre Wirkung entfalten, ist eine hohe Nachweisstärke relevant. Entsprechend häufig wird hier ein Massenspektrometer (MS) als Detektor einge-

setzt. Besonders bei flüchtigen Verbindungen hat sich die Probennahme aus dem Dampfraum (Headspace) bewährt. Sie ermöglicht eine Analytik mit geringer oder keiner Probenvorbereitung bei gleichzeitiger Abtrennung der weniger flüchtigen Matrixkomponenten. [3]

Ein Massenspektrometer ist trotz der vielen Vorteile ein sehr komplexes System, welches nicht für jedes Einsatzgebiet optimal einzusetzen ist. Deswegen soll an dieser Stelle die Gaschromatographie gekoppelt mit der Ionenmobilitätsspektrometrie (GCxIMS) als Alternative vorgestellt werden. Die Kopplung der unabhängigen Trenntechniken bestehend aus der Retention in der GC-Säule und der Mobilität im Driftrohr-IMS ermöglicht in kurzer Zeit komplexe Mischungen zu analysieren. Allgemeine Funktions-

weise und Einsatzmöglichkeiten wurden in dieser Zeitschrift bereits vorgestellt [4]. Hochauflösende Gaschromatographie mit Ionenmobilitätsspektrometrischer Detektion Das IMS ist hauptsächlich im mobilen Bereich weit verbreitet. Daher sind auch kommerziell erhältliche GC-IMS Systeme oft für eine schnelle, mobile und einfache Analytik ausgelegt. Für komplexere Analysen reichen die eingesetzten Multikapillarsäulen (MCC) oder die isotherme Trennung auf kurzen Kapillarsäulen häufig nicht aus. Entsprechend gibt es immer mehr Bereiche, in denen ein Benchtop-GC mit einem separaten IMS gekoppelt wird [5]. Diese Steigerung der Leistungsfähigkeit erhöht auch die Komplexität der Anwendung. Allerdings ist der Aufwand, der für ein MS mit Hochvakuum betrieben werden muss, bedeutend höher.

Ähnlich einfach wie die Anwendung ist auch die Auswertung Ionenmobilitätsspektrometrischer Daten. Die häufig eingesetzte weiche Ionisation im IMS verhindert die Fragmentierung der Analyten, sodass in der Regel nur zwei Signale eine Substanz repräsentieren. Hierbei handelt es sich um protonierte Clusterionen. Die weiche Ionisation bietet sich bei Aromastoffen besonders an, da diese kleinen, leicht polaren Substanzen sehr empfindlich detektiert werden können. Die zwei Signale einer Substanz ermöglichen durch die charakteristischen Driftzeiten eine spezifische Identifikation bei komplexen Gemischen, da eine vollständige Überschneidung der Retentionszeit und beider Driftzeiten auch bei isomeren Analyten nicht vorkommt [3].

Identifizierung

Nachweis- und Trennstärke der GC-IMS-Systeme ermöglichen bereits den Einsatz im Fingerprinting für die Authentizitäts- [6] oder Qualitätskontrolle [7] bei Lebensmitteln. Allerdings bietet sich das Fingerprinting nur an, wenn das Produkt als Ganzes betrachtet wird. Bei den Liquids liegt das Kerninteresse bei den individuellen Analyten. Die Identifizierung der Substanzen ist die Grundlage einer sinnvollen Quantifizierung.

Bei der Prüfung auf regulierte Substanzen

ermöglichen entsprechende Referenzsubstanzen eine Identifikation anhand der charakteristischen Retentions- und Driftzeiten [8]. Wenn auf diese Weise eine Identifikation aller Substanzen eines Produktes möglich sein soll, müsste im Vorhinein unter den gleichen Bedingungen eine exorbitante Datenbank aufgebaut werden. Dies ist aufgrund des hohen Aufwandes nicht möglich. Universelle Datenbanken, wie die des National Institute of Standards and Technology [8], verwenden für Retentionszeiten Retentionsindices, die eine gewisse Übertragbarkeit der Ergebnisse unterschiedlicher Messsysteme ermöglichen. Für die Driftzeiten im IMS wird häufig die reduzierte Mobilität eingesetzt, die die Driftzeiten gegen systembedingte Parameter korrigiert. Leider sind aktuell keine großen Datenbanken verfügbar, weswegen weiterhin die Identifikation über die Massen/Ladungssignale aus Massenspektrometrischer Detektion (MS) notwendig ist. Beim verwendeten GCxIMS/GC-MS System wird die Identifizierung der Analyten durch ein parallel eingesetztes GC-MS ermöglicht (Abb. 1).

Über eine Korrelation der Messsignale mittels der Retentionsindices lassen sich die Signale des GCxIMS-Plots auf das Chromatogramm der GC-MS Analyse abbilden. Dieses Vorgehen bedeutet, dass eine Substanz zur Identifizierung in einer Probe in einer signifikanten Konzentration vorliegen muss, sodass sie mittels GC-MS im Scan identifiziert werden kann. (siehe hierzu auch Abbildung 2 bis 4)

Quantifizierung

Um die auch im MS bekannten Einflüsse auf die Ionisationseffizienz zu reduzieren, erfolgt in der Praxis die Kalibration in der Probenmatrix und bei gleichen Bedingungen für Probe und Referenz.

Bei der Analytik von Liquids bietet sich grundsätzlich die direkte Probenahme aus der Nachfüllflüssigkeit an. Diese können für eine matrixangepasste Kalibration auch leicht nachgestellt werden. Die Liquids werden verdünnt direkt in die Probengefäße abgefüllt und analysiert.

In der ersten hierzu veröffentlichten Arbeit

wurde mittels externer Kalibration der Gehalt von 10 Aromastoffen in einigen frei verkäuflichen Liquids bestimmt [7]. Die untersuchten Substanzen teilen sich auf in die vier zugelassenen Aromastoffe Linalool, Geraniol, Menthol und Menthon, sowie 2,3-Butandion, 2,3-Pentandion, 2,3-Hexandion, 2,3-Heptandion, Estragol und Methyleugenol, deren Einsatz in Liquids in Deutschland verboten ist. Über das Signal-zu-Rausch-Verhältnis wurden Nachweisgrenzen zwischen 8 und 70 µg/L, sowie Bestimmungsgrenzen zwischen 25 und 200 µg/L für dieses Verfahren berechnet.

Die Probenahme aus dem konsumierten Aerosol ist deutlich komplexer, da bei einer direkten Injektion die Trägersubstanzen die Messung negativ beeinflussen würden. Neue Ansätze, die auf dem Auffangen des Aerosols an einem Feststoff oder in einer Flüssigkeit basieren, sind zum jetzigen Stand noch in der Entwicklung.

Fazit

Verbunden mit einer einfachen Probeninjektion wie der Headspace-Aufgabe ermöglicht die Gaschromatographie gekoppelt mit der Ionenmobilitätsspektrometrie eine sehr sensitive Analytik im Bereich der Aromastoffanalytik und kann so einen sinnvollen Beitrag in der Produkt- und Qualitätskontrolle von elektronischen Zigaretten leisten. Für einen zuverlässigen Einsatz im Routinebetrieb - insbesondere bei der Quantifizierung oder der Probenahme aus dem Aerosol - gibt es noch einen Bedarf an der Weiterentwicklung der bisherigen Techniken.

Zugehörigkeiten

1 Hochschule Hamm-Lippstadt, Analytische Chemie, Hamm, Deutschland

2 Universität Duisburg Essen, Instrumental Analytical Chemistry, Essen, Deutschland
KONTAKT

Alexander L. R. M. Surminski
Hochschule Hamm-Lippstadt Hamm,
Deutschland

alexander.surminski@hshl.de

Literatur: <https://bit.ly/WAS-Surminski>

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.08.2020

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ressort: Wirtschaft
Seitentitel: Wirtschaft

Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage: 204.021 (gedruckt)

Eine Million Privatschüler

Eltern schicken ihre Kinder immer öfter auf private Einrichtungen. Besserverdiener greifen dafür tief in die Tasche. Lohnt sich das?

Von Johannes Pennekamp, Frankfurt

In Deutschland besucht inzwischen jeder elfte Schüler eine Privatschule. Von den insgesamt 10,8 Millionen Kindern und Jugendlichen wählten im Schuljahr 2018/19 rund 1,0 Millionen die Alternative zur öffentlichen Einrichtung, teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am Montag mit. Zum Vergleich: Zehn Jahre früher war es nur jeder dreizehnte Schüler. "Seit fast drei Jahrzehnten besuchen immer mehr Schülerinnen und Schüler in Deutschland private Schulen - in absoluten Zahlen, wie auch anteilig", schreiben die Statistiker.

Grundschulen und Gymnasien stellen zahlenmäßig den Großteil der Privatschulen, gefolgt von Gesamtschulen und Waldorfschulen. Erheblichen Anteil an dem Aufwärtstrend hat nach Einschätzung von Bildungsforschern der Nachholprozess in Ostdeutschland, wo sich Privatschulen erst langsam etablierten. In den ostdeutschen Bundesländern Sachsen (14,7 Prozent), Berlin und Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 12 Prozent) schicken Eltern inzwischen anteilig die meisten Kinder in Privatschulen, in Schleswig-Holstein sind es nur 4,4 Prozent der Kinder. "Weil Kinder fehlen, ziehen sich im Osten öffentliche Schulen heute zum Teil aus der Fläche zurück, Kommunen suchen stattdessen private Träger, die einspringen", sagt Klaus Klemm, emeritierter Bildungsforscher der Universität Duisburg-Essen.

Getrieben wird der Trend von Akademikern. "Im Osten besuchen gut 23 Prozent der Kinder aus Akademikerelternhäusern eine Privatschule, im Westen knapp 17 Prozent - rund 20 beziehungsweise 13 Prozentpunkte mehr als 1995", heißt es in einer Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). "Das ist ein massiver Anstieg", sagt DIW-Bildungsökonomin Katharina Spieß. Es gebe sowohl Eltern, die ihre Kinder direkt in einer Privatschule

anmeldeten, als auch andere, die sich für einen Wechsel entschieden, nachdem sie auf der öffentlichen Schule schlechte Erfahrungen gemacht hätten. Die Gründe seien vielfältig: andere pädagogische Ansätze, der Wunsch nach einer homogeneren Klasse, Unzufriedenheit mit der staatlichen Einrichtung.

Spannend wird nun, ob die Privatschulen durch die Corona-Pandemie noch stärkeren Zulauf bekommen werden. Die öffentlichen Schulen standen gerade in den ersten Wochen des Lockdowns im Frühjahr in der Kritik, weil viele sich schwertaten, Online-Unterricht per Video zu organisieren. Der Verband Deutscher Privatschulverbände (VDP) teilt auf Anfrage mit, man sei froh darüber, dass die "Privatschulen bisher mit der Situation erfolgreich zurechtgekommen sind". Unter großem Einsatz habe man den "Unterrichtsbetrieb qualitativ hochwertig aufrechterhalten" können. Allerdings berichten beispielsweise auch Eltern, die ihre Kinder auf eine beliebte Frankfurter Privatschule schicken, dass wochenlang nur sporadisch Unterricht stattgefunden habe und Lehrer sich digitalen Unterrichtsformaten verweigert hätten. Ob Corona einen Ansturm auf Privatschulen verursache, will auch der Verband VDP nicht prognostizieren - das lasse sich nicht vorhersehen.

Privatschulen sind in öffentlichen Debatten häufig dem Vorwurf ausgesetzt, die soziale Spaltung im Land zu verstärken, weil sich nur besonders zahlungskräftige Menschen leisten können, ein hohes Schulgeld zu bezahlen. Eigentlich sollte das von vornherein ausgeschlossen sein: Artikel 7 des Grundgesetzes verbietet "eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern". Es gibt deshalb immer wieder Gerichtsurteile und Expertisen, die ein maximales monatliches Schulgeld beziffern, das nicht überschritten werden dürfe, um eine soziale Ausgrenzung zu vermeiden.

Genannt werden dabei Summen von 100 Euro monatlich für Kinder aus einkommensschwachen Verhältnissen wie zuletzt in Berlin oder 160 Euro im Jahr 2016 in Baden-Württemberg.

Das Statistische Bundesamt hat nun auf Grundlage von Angaben in Steuererklärungen (ein Teil des Schulgeldes kann abgesetzt werden) errechnet, dass Eltern an kostenpflichtigen Schulen im Jahr 2016 im Schnitt 2000 Euro Schulgeld bezahlten. Besserverdienende zahlen durchschnittlich mehr Geld für Privatschulen, schreiben die Statistiker. Verdiente ein Steuerpflichtiger mehr als eine Million Euro, habe das jährliche Schulgeld sogar 7800 Euro je Kind betragen. DIW-Bildungsökonomin Spieß sieht darin aber keinen Beweis dafür, dass "flächendeckend gegen das Sonderungsverbot verstoßen wird". So führten einkommensgestaffelte Beiträge und Geschwisterrabatte dazu, dass auch Kinder aus einkommensschwächeren Haushalten Privatschulen besuchen können. Gleichwohl habe über die Zeit die soziale Segregation beim Privatschulbesuch aber zugenommen. Der Privatschulverband VDP versichert, dass sich die Einrichtungen an die gesetzliche Vorgabe halten.

Für viele Eltern, die viel Geld in die Schulbildung ihrer Kinder investieren, dürfte eine Nachricht jedoch ernüchternd sein: "An den Privatschulen wird nicht besser gelernt als an den öffentlichen Einrichtungen - das erkennt man, wenn man soziodemographisch vergleichbare Kinder und Jugendliche betrachtet", sagt Bildungsforscher Klemm. Insgesamt seien die Privatschüler zwar leistungstärker. "Das liegt aber nicht an besseren Lehrern oder besseren pädagogischen Konzepten", so Klemm, "sondern daran, dass an den Privatschulen bestimmte, leistungstärkere Schüler überrepräsentiert sind."



Kategorien: Schule

Artikellayout (Format) wurde nachträglich verändert

SPD nimmt Schulbildung in den Fokus

Die Partei will ihrem Wahlprogramm zufolge 160 Millionen Euro in Lernorte investieren. Ein weiteres Thema für die SPD: Das Ordnungsamt soll künftig rund um die Uhr im Einsatz sein - für mehr Sicherheit in der Stadt.

VON MONIQUE DE CLEUR

Bildung ist der Schwerpunkt des Programms, mit dem die SPD Duisburg in den Kommunalwahlkampf zieht. Wofür die Sozialdemokraten die versprochenen 160 Millionen Euro ausgeben wollen und welche Themen sie sonst setzen:

Wirtschaft Die SPD will neue Gewerbegebiete schaffen und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Gründer sollen gefördert werden, indem sie leerstehende Gebäude

Kommunalwahl 2020

nutzen können. Die Potenziale der Universität Duisburg-Essen wollen die Sozialdemokraten in Zukunft besser nutzen. In städtischen Unternehmen sollen mehr Frauen in Führungspositionen kommen, in der Verwaltung und den Stadtteilen sollen familienfreundliche Arbeitszeitmodelle eingeführt werden. Ein Fördermittelexperte soll eingestellt werden, um mehr Fördergelder zu bekommen. Aus den so eingeordneten Mitteln soll sich die Stelle finanzieren.

Wohnen Überall in der Stadt soll geförderter Wohnraum entstehen, bis 2025 mindestens 1500 neue Wohnungen. Wohnungsgenossenschaften sollen unterstützt werden. Bei Stadtentwicklungsprojekten soll „ausreichend Grün“ eingeplant werden.

Bildung 160 Millionen Euro will die SPD in die Duisburger Schulen investieren: in die Entfernung von Baumängeln, saubere Toiletten, kostenloses Mittagessen in allen Schulen, mehr Schulsozialarbeiter und Schulpsychologen. Außerdem sollen Schulen mehr Platz bekommen,



Die SPD will die Schulen auf Vordermann bringen, etwa durch die Beseitigung von Baumängeln, durch saubere Toiletten, kostenloses Mittagessen in allen Schulen sowie durch mehr Schulsozialarbeiter.

auch durch Neubauten. Oberstufenschüler wollen die Sozialdemokraten durch entsprechende Programme in den Schulen in Oper, Theater und Philharmonie bringen. Bildung soll von der Kita bis zur Universität „langfristig beitragsfrei“ werden. Mehr Angebote soll es bei der Kinderbetreuung geben, auch soll diese zeitlich flexibler gestaltet werden. Die U3-Betreuung soll ausgebaut werden. In jedem Bezirk soll pro Jahr mindestens ein Spielplatz erneuert werden. Schwimmangebote für alle Kinder soll es geben, ermöglicht auch durch den Bau neuer Bäder. Auch neue Sporthallen soll es

geben, weitere sollen modernisiert werden. Die Sozialdemokraten wollen Uni-Absolventen beim Start in den Beruf oder bei der Gründung helfen. Die Stadtbüchereien sollen ihre Öffnungszeiten erweitern und besser ausgestattet werden.

Sicherheit Das Ordnungsamt soll künftig rund um die Uhr präsent sein, der städtische Aufendienst mehr Kontrollen durchführen. Das Ziel: Alle Stadtteile sollen „sicher und sauber“ sein. Für mehr Sauberkeit soll auch öfter gereinigt werden. Die Feuerwehr soll mehr Personal und eine bessere Ausstattung bekommen.

Verkehr Duisburgs Innenstadt soll „weitestgehend autofrei“ werden. Ausgebaut werden soll dafür der ÖPNV mit einem 365-Euro-Ticket, Carsharing und Radverleih. Der on-Demand-Bus MyBus soll künftig auch per Telefon buchbar sein. Eine intelligente Verkehrslenkung und weitere Umgehungsstraßen sollen Wohngebiete von Lkw-Verkehr entlasten. Die Übergänge zwischen Radwegen sollen verbessert werden, damit ein zusammenhängendes Netz von Fahrradwegen entsteht. Fußgänger sollen an wichtigen Straßen bessere Querungsmöglichkeiten bekommen.

Umwelt Mehr Wald- und Grünflächen verspricht die SPD, Stein- und

Schottergärten will sie reduzieren. Duisburg soll ein Konzept bekommen, um sich an den Klimawandel anzupassen. Der Recyclinghof Mitte soll neu gebaut werden. Auf städtischen Gebäuden soll es mehr Solar- und Windkraftanlagen geben. Eine Machbarkeitsstudie soll das Potenzial der Duisburger Kläranlagen ausloten. Wasserstoff zu erzeugen.

Digitalisierung Jeder Bürger soll ein Online-Konto bekommen, um dort alle digitalen Angebote der Stadt nutzen zu können. So soll der Bürgerservice digitalisiert werden. Die analogen Bürgerservice-Stationen sollen

ausgebaut und mit mehr Personal ausgestattet werden.

Soziales Das Angebot des kostenlosen Eintritts in städtische Museen soll ausgebaut werden, ebenso das der Sportgutscheine. Für Bedürftige will die SPD ein Kulturticket einführen. In Frauenhäusern sollen mehr Plätze geschaffen werden. Die Öffnungszeiten von Jugendzentren sollen sich verlängern. Alle Bezirke sollen sich verlängern. Alle Bezirke sollen nach Hamburger Vorbild sollen „Gesundheitskiosks“ geschaffen werden, wo auch Nichtversicherte medizinische Hilfe bekommen.



Der MyBus der DVG lässt sich bisher nur per App anfordern. Künftig soll das auch per Telefon gehen.



Die SPD will, dass das Ordnungsamt künftig rund um die Uhr in der Stadt präsent ist.

General-Anzeiger vom 11.08.2020

General-Anzeiger
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG

Ausgabe: General-Anzeiger - Bonner Stadtanzeiger Bonn, Hardtberg, **Auflage:** 17.417 (gedruckt)
Hauptausgabe

Mit einer Stimme von Kleve bis Bonn

Kritiker aus dem Kreis wollen aus der Metropolregion Rheinland aussteigen. Das Führungsduo sagt, warum das falsch wäre

Von Dylan Cem Akalin

Bonn/Rhein-Sieg. Die sofortige Beendigung der Mitgliedschaft des Rhein-Sieg-Kreises im Verein Metropolregion Rheinland hatten das Bündnis aus der Gruppe Freie Wähler (FUW)-Piraten und der Fraktion Die Linke in der letzten Sitzung des Kreistags beantragt. Das wurde zwar mehrheitlich abgelehnt, aber auch aus anderen Fraktionen wurde Verständnis für die Unzufriedenheit der Antragsteller geäußert. Man will nun die Evaluation abwarten, um dann endgültig zu entscheiden, ob der Kreis weiterhin in dem Verbund bleiben soll. Die Initiatoren sind der Ansicht, die 22000 Euro, die der Kreis jährlich beisteuert, seien nicht gerechtfertigt und brächten der Region überhaupt nichts.

Tatsächlich? "Der Verein musste zunächst grundlegende Strukturen aufbauen, bevor er in die strategische und operative Arbeit gehen konnte", erklären Kirsten Jahn und Ulla Thönnissen, die im Frühjahr 2019 die Geschäftsführung übernommen haben. Die Metropolregion Rheinland (MRR) wurde im Jahr 2017 mit dem Ziel gegründet, die Kräfte der 35 Mitglieder zu bündeln, um das Rheinland im nationalen, internationalen, vor allem europäischen Wettbewerb besser zu positionieren. Zur MRR gehören elf kreisfreie Städte, zwölf Landkreise, die Städteregion Aachen, sieben Industrie- und Handelskammern, drei Handwerkskammern und der Landschaftsverband Rheinland.

Wenn man sich die Darstellung und den Vergleich der MRR mit anderen Metropolregionen in Deutschland ansieht, müsste sie eigentlich ein Selbstläufer sein. Nummer eins bei der Zahl der Erwerbstätigen (4,7 Millionen), Nummer eins bei den Hochschulstandorten (64), Nummer eins bei Exzellenzclustern (10), Nummer eins bei der Anzahl von Hochschulpersonal (rund 81500) und Nummer eins bei der Anzahl der Professoren (4758). Ebenso Nummer eins bei der Beschaffung von Drittmitteln (rund 868 Millionen Euro) vor Berlin-Brandenburg mit 703 Millionen Euro und München mit rund 646 Millionen Euro.

Außerdem zieht das Rheinland mit seinen Hochschulen mehr als 350000 Studierende aus dem In- und Ausland an. Weitere Zahlen, die das Rheinland als Denkfabrik hervorheben: mehr als 50000 Absolventen und

Promotionen in einem Jahr, 190 Forschungseinrichtungen. Davor ist nur noch Berlin-Brandenburg mit 225 Einrichtungen. Auch bei den Hightech-Gründungen liegt das Rheinland ziemlich weit vorne.

"Wenn das Rheinland wüsste, was das Rheinland weiß!", sagt Thönnissen. Und das gelte eben auch für das Image der Region deutschlandweit und international. Es sei wichtig, dass die Region mit einer starken Stimme spreche - egal ob es um die Forderungen bei der Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen wie etwa in Straße, Schienen oder den Nahverkehr gehe oder das Standortmarketing.

"Wenn es um Neuansiedlungen von Unternehmen, internationalen Organisationen oder Forschungseinrichtungen geht, dann steht immer die Frage im Vordergrund: Warum lohnt es sich, ins Rheinland zu investieren?" Für die globalen Player in der Wirtschaft zähle bei der Entscheidung um einen Standort längst nicht nur der kommunale Gesichtspunkt: "Da zählt die Region, da zählen die großen Netzwerke, Strukturen und die Lebensqualität", sagt Jahn und nennt das Beispiel der Zurich Versicherungen, die ihre Standorte in Köln und Bonn in der Domstadt konzentriert haben. "Da geht es regional gesehen darum, solch ein Unternehmen in der Region zu halten. Auch Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis profitieren davon."

Wie sehr die Region miteinander verflochten sei, zeigten doch zwei prominente Projekte in der Region: die geplante Rhein-spange zwischen Köln und Bonn und die rechtsrheinische Rheinuferbahn zwischen Beuel und Köln: "Solche Projekte sind nur gemeinsam möglich", sagt Jahn, die bis 2019 Fraktionsvorsitzende der Grünen im Kölner Stadtrat war. Im Forschung- und Wissenschaftsbereich bestehen solche Netzwerke über kommunalen Grenzen hinweg schon längst. Beispiele: Bonn-Aachen International Center for Information Technology (b-it), das Forschungszentrum Jülich ist einer der wichtigsten Kooperationspartner der Landwirtschaftlichen Fakultät der Uni Bonn, die Hochschule Bonn/Rhein-Sieg (HBRS) kooperiert unter anderem mit der Universität Duisburg-Essen und der RWTH Aachen.

Das alles klingt gut, aber, so wie andere

Regionen in Deutschland auch, hat das Rheinland damit zu kämpfen, seine hoch qualifizierten Experten in der Region zu halten. Internationale Unternehmen und Hochschulen sowie Forschungseinrichtungen im Ausland werben immer mehr Absolventen ab. Diesem so genannten Brain-Drain soll entgegengewirkt werden. Die Metropolregion Rheinland werbe bei großen Unternehmen, konkrete Ansiedlungen von Forschungs- und Entwicklungsabteilungen im Rheinland zu etablieren. Dies bedeute mehr attraktive Arbeitsplätze für die hoch qualifizierten Absolventen der Wissenschaftseinrichtungen und damit eine längerfristige Bindung an die Region, so die Geschäftsführerinnen.

Eine wichtige Rolle spiele auch der gezielte Wissenstransfer. Vernetzungspotenziale sollen genutzt werden, um auch kleinen und mittelständischen Unternehmen einen besseren Zugang zu Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen zu ermöglichen. Mit seinen zahlreichen klugen Köpfen sei das Rheinland eine Region mit enormer Innovationskraft. Das wolle man mit der Kampagne "Wir erfinden Deutschland neu" bekannter machen.

Nicht nur das, die Metropolregion Rheinland hat gerade eine neue Bildungsoffensive initiiert, um dem dramatischen Lehrkräftemangel in den so genannten Mint-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) langfristig entgegenzuwirken. Das Programm zur frühzeitigen Rekrutierung von zukünftigen Lehrkräften nennt sich Mint-Lehrer-Nachwuchsförderung, kurz MiLeNa. Dabei sollen Schülerinnen und Schüler ab der Jahrgangsstufe zehn durch umfassende Maßnahmen bei ihrer späteren Berufswahl begleitet werden. Dabei arbeitet man mit fünf Hochschulen im Rheinland zusammen.

Ein zweites konkretes Projekt, das das siebenköpfige Team in seinem Büro in Köln-Deutz angeschoben hat, ist Futurotop. "Das ist ein Projekt zur flächendeckenden Schaffung eines digitalen Modells für bürgernahe Entscheidungen, eine Art Datentisch für Bürgerbeteiligungen, die wir im Rahmen des Digital GreenTech-Aufrufs des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) eingereicht haben", erklärt Thönnissen, frü-

here CDU-Landtagsabgeordnete.

Mit Hilfe dieser Plattform lassen sich digitale Zwillinge der Realität visualisieren, womit Projekte der Stadtplanung, sei es zum Thema Verkehrsführung, Entwicklung des Einzelhandels, der Gesundheitsversorgung oder Stadtteilentwicklung, anschaulich dar-

gestellt werden können. "Vieles in solchen Entscheidungsprozessen ist zu abstrakt, sodass viele Bürger irgendwann aufgeben, dem Prozess zu folgen. Mit diesem Datentisch ist das alles anschaulich darstellbar", so Thönnissen. An dem Entwicklungsprojekt sind die RWTH Aachen und ein privatwirt-

schaftliches Unternehmen, die PEM Aachen GmbH, beteiligt. "Das ist ein über eine Million Euro schweres Projekt, von dem alle Kommunen profitieren können", ist Thönnissen überzeugt.

Kategorien:

Hochschule, Wissenschaft